

4 ■

Zweiter Tag

Siegfried Scheffler,
MdB SPD, Wahlkreis Treptow-Köpenick 105

Achim Großmann,
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 107

Peter Strieder,
Senator für Stadtentwicklung, Berlin 109

Prof. Dr. John Friedmann,
University of British Columbia, Vancouver 115



Siegfried Scheffler,
MdB SPD, Wahlkreis Treptow-Köpenick



Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns hier in der mit 7 000 m² größten freitragenden Halle Europas. Sie wurde 1927 als Omnibushauptwerkstatt für die Berliner BVG gebaut. Es war der Architekt Franz Ahrens, der mit dieser Halle bis in die Gegenwart und in die Zukunft für einen Veranstaltungsort gesorgt hat, der im Denkmalschutzprogramm in Berlin seinesgleichen sucht.

Wir konnten gestern in Worten und in Beispielen den erforderlichen Wandel von der klassischen Städtebauförderung hin zu dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ verfolgen. In allen Beiträgen, ob in dem des Bundeskanzlers oder dem des Ministers Kurt Bodewig, aber auch insbesondere in den Redebeiträgen der Oberbürgermeister der Städte Frankfurt am Main, Leipzig, München und des Vorsitzenden der Gewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt wurden neben kritischen Aspekten insbesondere die Chancen des Wandels herausgearbeitet – Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel, der auch hier in meinem Heimatkiez in Treptow-Köpenick sichtbar wird.

Unweit der ehemaligen Grenze zwischen Kreuzberg (West-) und Treptow (Ostberlin) wird dieser Wandel sichtbar, nicht nur hier in der Arena, sondern im Areal zwischen Kreuzberg und Spree, nördlich und südlich der Spree, insbesondere auch im ehemaligen Industriegebiet zwischen Ober- und Niederschöneweide. Wenn ich von den Chancen im Wandel spreche, dann trifft dies auch für Berlin zu – es handelt sich um realistische Chancen, die erst mit dem neuen, integrativen Politikansatz im Programm der Sozialen Stadt eröffnet wurden, Chancen auch für diesen Bezirk, für diesen Kiez. In dem ehemals größten zusammenhängenden Industriestandort nördlich und südlich der Spree in Gesamtberlin, in dem nach der Wende rund 36 000 Arbeitsplätze der Deindustrialisierung zum Opfer gefallen sind, konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Situation, was Wohnungen und das Wohnumfeld angeht – vieles stand schon zu DDR-Zeiten kurz vor dem Abriss –, nahm den Bürgerinnen und Bürgern hier die Hoffnung, dass kurzfristig Verbesserungen eintreten würden. Mit der Wende kam teilweise eine Verschlechterung in den Ortsteilen Ober- und Niederschöneweide: Einwohnerverluste, Arbeitsplatzabbau, Wohnungsleerstand, Bedrohung des Einzelhandels, Verslumung, und in Treptow-Köpenick entstanden erste soziale Brennpunkte. Insofern war kurzfristig ein koordiniertes Zusammenwirken von Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Staat nur erfolgreich, wenn es durch entsprechende Programme auch mit Landes- und Bundesmitteln umgesetzt werden konnte.

Die Bereitschaft aller Akteure, im konstruktiven Dialog mit Bund und Land und mit Bürgersinn eine positive Entwicklung in Gang zu setzen, brachte in den letzten vier, fünf Jahren doch Erfolg. Das aktive Bemühen, sich einzubringen für eine soziale Stadtteilentwicklung durch Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, durch Förderung

sich selbst tragender Bürgerorganisationen und nachbarschaftlicher Netze, eingebettet in ein Quartiersmanagement, hat Beteiligung und Mitsprachemaßnahmen für die Betroffenen Realität werden lassen. Die Ortsteile wurden so auf die Gewinnerstraße gebracht. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle das Netzwerk „Menschen verändern ihren Kiez“, in dem viele in hervorragender Weise in konstruktivem Dialog für Veränderung gesorgt haben. Inzwischen sind aus dem zarten Sprössling städtebaulicher Stabilisierung und Entwicklung der Ortsteile kräftige Pflanzen einer Identität in städtebaulicher Struktur geworden, einer Struktur mit Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, mit Freiräumen sowie einer sozialen Infrastruktur.

Schwieriger jedoch als die letztgenannten Bereiche gestalten sich die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aber auch hier bin ich überzeugt, dass die mit Hilfe des Bundes und des Landes Berlin beginnenden Umstrukturierungs- und Verlagerungsprozesse zum Erfolg führen werden. In diesem Zusammenhang denke ich insbesondere an die Technische Fachhochschule Berlin; wenn deren Campus nach Ober- und Niederschöneweide kommt, wird diesen Ortsteilen neuer Atem eingehaucht werden.

Ich denke, dass der Beitrag „unseres“ Senators für Stadtentwicklung, Herr Strieder, auch Ihnen erfolgreich nahe bringen wird, dass aus Pflanzen tatsächlich Bäume geworden sind und dass mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger in diesem Bundesländer-Programm der Politikansatz der Sozialen Stadt Realität geworden ist.

Aber zunächst möchte ich den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Herrn Achim Großmann, um sein Eröffnungsstatement für den heutigen zweiten Kongresstag bitten.

Achim Großmann,
Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen



Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keine Eröffnungsstatements, sondern nur ein paar Begrüßungssätze, denn wir haben etwas Zeitverzug. Und ich glaube, Sie warten alle gespannt auf die Diskussionen, die stärker in das Thema einführen.

Wir hören heute vor den Diskussionsrunden zwei Redner, die ich sehr herzlich begrüße. Das ist zum einen Herr Senator Strieder, den wir aus zwei Gründen eingeladen haben: Er ist der Vertreter der Bundeshauptstadt Berlin, aber er ist auch als Bausenator, wenn ich das so verkürzt sagen darf, der Vertreter der Bauministerkonferenz. Wir haben zusammen mit den Ländern dieses Programm Soziale Stadt direkt nach der Regierungsbildung auf den Weg gebracht. Wir hatten das in der Koalitionsvereinbarung festgelegt. Es gab erste Ansätze in einigen Bundesländern, in denen sich Netzwerke, erste Pilotprojekte entwickelt hatten, und wir haben daraus ein Bund-Länder-Programm gemacht. Deshalb waren wir der Auffassung, dass sich hier auch die Länder positionieren und eine Chance bekommen sollten, ihre Sicht darzustellen.

Als Zweiter wird Professor Friedmann sprechen. Wir haben ihn gestern schon erlebt in einer aus meiner Sicht zwar sehr grundsätzlichen, aber sehr spannenden Diskussion über die Stadt, über die Probleme der Stadt, über die Zukunft der Stadt. Ich finde, es kann nichts schaden, wenn wir noch einmal ein Stück Außensicht bekommen, das heißt, dass jemand von außen, der nicht unmittelbar in den städtebaulichen Diskussionen unseres Landes verankert ist, uns seine Eindrücke schildert, seine grundsätzlichen Überlegungen zu den Themen Soziale Stadt, Stadtentwicklung, zu den Fragen: Wie sieht das in Zukunft aus? Worauf müssen wir achten? Was sind die Prioritäten, die wir unter Umständen setzen müssen?.

Danach geht es in die grundsätzliche Diskussion mehr vor Ort. Es geht um die Lokale Ökonomie und es geht vor allem auch um die Partizipation, das heißt um die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner. Das sind Herzstücke der sozialen Stadt.

Ich freue mich schon auf diesen Vormittag und darf Herrn Senator Strieder bitten, nun zu uns zu sprechen.

Peter Strieder,

Senator für Stadtentwicklung, Berlin



Meine Damen und Herren, die Stadt wird auch im 21. Jahrhundert die soziale Einheit sein, die für die Entwicklung unserer Gesellschaft bestimmend ist. Wer also den sozialen Frieden für das Land will, darf die Stadt nicht ignorieren, sondern muss Instrumentarien und Methoden entwickeln, die zur Stabilisierung der Städte und ihrer Zusammensetzung beitragen.

Unter dem Begriff Soziale Stadt wird dieser Auftrag an die Kommunen subsumiert, nicht nur bei uns, sondern mittlerweile in großen Teilen des europäischen Raums. Dabei geht es vor allem um die Bewältigung zweier großer Herausforderungen für die größeren Städte. Familien mit Kindern haben den Eindruck, die Stadt werde für sie immer unattraktiver. Sie ziehen ins Umland oder an den Stadtrand, aber die Vorteile von Stadt sollen weiter genutzt werden, Arbeitsplatz und soziale Infrastruktur. Als Wohnort hat sich also die Stadt einer harten Konkurrenz zu erwehren. Den Weg ins Umland schlagen vor allem die ein, die es sich leisten können, jene Schichten also, die die Stadt mit sozial stabilisieren. Und da Migration und soziale Verhältnisse eng miteinander verbunden sind, konzentrieren sich Einwanderung und Armut in bestimmten, sozial deklassierten Stadtteilen.

Diese Erscheinungen, diese Wanderungsbewegungen, auch die weiter auseinander gehende Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft drohen die moderne Stadt grundsätzlich zu verändern. Wenn wir dieser Entwicklung nicht gegensteuern, besteht die Gefahr, dass insbesondere die Innenstädte veröden und verslumpen, während die Vorstädte prosperieren. Das Beispiel der amerikanischen Stadt steht uns vor Augen. Die Kommunen haben hier eine ganz wesentliche Aufgabe. Sie dürfen aber von Bund und Ländern nicht alleingelassen werden, schon aus finanziellen Gründen nicht, denn Stadtfucht bedeutet für die Städte auch den Verlust von Steuereinnahmen. Mit weniger Einnahmen ein Mehr an sozialer Infrastruktur und Integration zu schaffen, ist ein Kunststück, das kaum gelingen wird. Ohne ausreichende Mittel lassen sich die Schulen und Kindergärten, die öffentlichen Parks und die öffentlichen Räume nicht pflegen. Selbst wenn sich die großen Städte nur darauf konzentrieren würden, bliebe vieles ungeschehen. Investieren die Städte hier nicht, kommen wir nicht zu Investitionen in die Aufwertung der städtischen Infrastruktur, werden die Städte noch weiter unattraktiv, die Mittelschichten fliehen, die Steuereinnahmen gehen zurück, und der Kreis schließt sich.

Aus der Sicht der Städte kann dies nur bedeuten: Bund und Länder haben hier eine Verantwortung und dürfen die Städte nicht allein lassen. Die Bundesregierung hat hierauf reagiert, im Übrigen nicht nur mit dem Programm Soziale Stadt, sondern für die ostdeutschen Länder ist auch das Stadtumbauprogramm Ost ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung und Aufwertung der Innenstädte, vor allem aber zur Wiedergewinnung des öffentlichen Raumes. Ich glaube aber, dass wir noch weitere Instrumente brauchen. Wir müssen die Zweckentfremdungsverbotverordnung flexibler gestalten können in den

Städten. Sie muss sich beziehen können nicht nur auf die Gemeinde als Ganzes, sondern auf einzelne Stadtteile, um so die Umwandlung von Wohnraum in Büroraum zu verhindern. In anderen, monostrukturierten Stadtteilen ist es sogar gut, wenn Wohnraum verändert wird in Gewerberaum. Ich kann hier die Plattenbausiedlungen des Ostens als ein lebendiges Beispiel für Schlafstädte anführen.

Aber auch über den sozialen Wohnungsbau, die Belegungsbindungen und die Fehlbelegungsabgabe müssen wir reden. Die Flexibilisierung in diesen Bereichen ist dringend erforderlich, weil diese starren Instrumentarien dazu führen, dass häufig das Preis-Leistungs-Verhältnis in diesen Wohnungen nicht mehr stimmt und dass, wenn man schon mit der Fehlbelegungsabgabe zusammen genommen eine so hohe Miete zahlen muss, man sich dann für den gleichen Preis am Stadtrand auch etwas Individuelleres, vielleicht auch den Ansprüchen der Familie eher Entsprechendes leisten kann.

Ein weiteres politisches Zeichen, das in Deutschland notwendig ist für die Städte, wäre, so denke ich, wenn es in der Bundesregierung ein eigenes Ressort für die großen Städte gäbe, denn dieses Thema braucht eine eigene Aufmerksamkeit. Und Deutschland wäre nicht das erste Land, das ein solches föderales Ministerium einrichtet, Frankreich und Holland haben diese Ministerien eingerichtet, weil sie wissen, dass ihre großen Städte die Zentren, die Herzen der Nation sind und die Entwicklung der Nation kulturell, sozial, technologisch und ökonomisch von den großen Städten dominiert wird. Natürlich, es bleibt dabei, es geht darum, wie auch die Programme der Bundesregierung zeigen, die Städte finanziell zu unterstützen. Das ist gut angelegtes Geld, wenn dadurch die Stadt wieder wohnlicher wird. Was aber auch in die Diskussion gehört, sind Instrumente, um die Menschen direkt zu veranlassen, in der Stadt zu bleiben. Dazu gehört ein innerstädtischer Wertausgleich, der hilft, vernachlässigte Gebiete aufzuwerten. Schulen zu verbessern, Freiflächen in der Innenstadt auszuweiten, nicht kommerzielle Freizeitangebote zu erhöhen, all das sind notwendige Schritte. Und dazu wird auch gehören, neue Typologien des Wohnens in der europäischen Stadt mit deutlich verbessertem Grünbezug zu realisieren.

Aber auch das ist richtig: die soziale Reparatur von Stadt ist nicht allein ein finanzielles und materielles Problem. Was wir ebenso brauchen, ist das Engagement der Menschen selbst, ist die aktive Zivilgesellschaft. Wir haben in Berlin in einer intensiven Untersuchung herausbekommen, dass wir einige Stadtteile lokalisieren können, in denen bestimmte, besonders gravierende soziale Veränderungen Platz gegriffen haben. Für diese 17 Gebiete haben wir ein so genanntes Quartiersmanagement eingesetzt. Es ist dort nicht professionelle Hilfestellung eingesetzt worden, um stellvertretend für die Menschen in den Kiezen zu arbeiten, sondern Aufgabe der Quartiersmanager ist es, die Menschen selbst zu aktivieren, ihre Zukunft, ihr Schicksal, ihren Kiez in die eigenen Hände zu nehmen. Wir haben all diesen Gebieten jeweils eine Million Mark zur Verfügung gestellt, um die schwierigsten Probleme, die größten Defizite aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu beheben. Über die Verwendung dieses Fonds, dieser eine Million Mark pro Quartier, entscheidet nicht die Politik, entscheidet nicht die Verwaltung, sondern entscheiden ausschließlich die Bürgerinnen und Bürger aus diesen Quartieren. 49 Prozent dieser so genannten Jurys kommen aus Institutionen, Schulen, Kirchengemeinden, Sportvereinen und anderen Projekten und Institutionen, die in diesem Gebiet aktiv

sind, während 51 Prozent der Jurys zufällig aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt worden sind und in dieser Jury mitarbeiten.

Die Erfahrung dieses Experiments, das wohl einmalig ist, ist Folgendes: Die Menschen haben mit einer großen Leidenschaft und Intensität mit hohem Verantwortungsbewusstsein über die Projekte entschieden. Vorausgegangen ist in der Regel eine Analyse: was fehlt uns in unserem Stadtteil besonders, ist ein *planning for real*-Prozess und danach die Entscheidung, mit welchen Projekten die gravierendsten Probleme angegangen werden können. Die Erfahrung ist, dass sehr viel gründlicher diskutiert und überlegt worden ist, ob der Einsatz dieser Mittel sich wirklich für das vorgeschlagene Projekt lohnt. Die Quartiersjurys haben das Geld, das ihnen im letzten Jahr zur Verfügung gestellt worden ist, überhaupt noch nicht ausgegeben, weil sie sehr viel genauer, sehr viel kostenbewusster prüfen, als Verwaltung und Politik dies tun würden. Sie überlegen ganz genau, welche Chance sie mit dieser einen Million haben. Und ich glaube, es ist vor allem auch gelungen, ihnen Vertrauen zu geben, wenn wir sagen: 1 Million Mark, darüber entscheiden nur Sie, sonst niemand. Sie können es investiv einsetzen, Sie können es konsumtiv einsetzen, welche haushaltsrechtlichen Restriktionen es sonst auch geben mag, die gelten für Sie alle nicht. Das ist unser Problem, das zu lösen.

Wir haben ihnen damit ein Vertrauen gegeben, das sie befähigt hat, sich zu engagieren. Es ist ein Netzwerk in vielen dieser Gebiete aus diesen Quartiersjurys heraus entstanden. Ich sehe gerade im Publikum unter Ihnen eine unserer Managerinnen aus dem Bereich Neukölln. Dort ist es durch eine sehr intensive Arbeit, auch der Managerin, der Schule, aber auch anderer Institutionen gelungen, ein Netzwerk von verschiedenen Organisationen aufzubauen. Nachdem es dieses Quartiersmanagement gab, die Schule sich richtig bemüht hat, entstanden einige Initiativen zur Verbesserung des öffentlichen Raumes. Daraufhin haben Mittelschichtleute gesagt, warum müssen wir immer in die Mitte fahren, um ein kulturelles Erlebnis zu haben. Lasst uns selbst Kulturangebote in diesem Stadtteil organisieren in Galerien, in leer stehenden Räumen, aber auch in Privatwohnungen mit Lesungen und dergleichen mehr. Und das wiederum war eine Initialzündung dafür, dass die privaten Hauseigentümer sich zu einem Verein zusammenschlossen haben. Sie sagten, wenn jetzt endlich etwas in diesem Quartier entsteht, das auch den Wert unserer Häuser und Wohnungen verbessert, dann wollen wir da auch mitmachen. Wir organisieren jetzt, wie wir unsere Häuser sanieren, wie wir aktiv in die Vermietung gehen, wie wir den Leerstand bei uns aktiv bekämpfen. So ist es durch die Initiative des Quartiersmanagements gelungen, ein Netzwerk von neuen Initiativen aus dem Gebiet heraus selbst zu entwickeln.

Ich glaube, dass die entscheidende Frage, mindestens eine der entscheidenden Fragen bei der sozialen Stadt ist, dass wir wegkommen von dem Helfersyndrom, dass wir wegkommen von der Frage der Stellvertretungspolitik. Es hat keinen Sinn, Menschen, die nicht in dem Kiez wohnen, damit zu beauftragen, den Menschen, die im Kiez wohnen, zu erklären, was ihnen eigentlich fehlt. Wir müssen vielmehr die Menschen selbst dazu bringen – das heißt eben auch zivilgesellschaftliches Engagement –, sich um ihren Stadtteil und ihre Belange zu kümmern. Natürlich ist das in bürgerlichen Gegenden einfacher. Aber so ist es in der Stadt noch nicht, dass es nicht auch dort kräftige Menschen gäbe, die mithelfen könnten, diesen Prozess zu gestalten, wenn wir denn als Politik und als Verwaltung endlich mal loslassen können und den Menschen das Vertrauen entge-

gen bringen, ihre Dinge auch selbst ordnen zu können. Wir helfen ihnen, aber wir ersetzen sie nicht. Anders kann es meines Erachtens nichts werden.

Dazu gehört auch, dass wir uns darüber bewusst sind, dass der Städtebau eine wesentliche Funktion für die Frage der Renaissance der Innenstadt hat. Stadtentwicklung und soziale Stadtentwicklung haben auch etwas mit der Nutzung der Stadt und mit der Benutzbarkeit der Stadt zu tun. Ich will deshalb ein paar auch städtebauliche Thesen vortragen, mit denen wir glauben, diesem Prozess der Verödung der Innenstädte entgegenwirken zu können.

Dazu gehört – erste These – die Qualifizierung des öffentlichen Raumes durch Reurbanisierung. Vor allem in historischen Zentren ist oft eine qualitative Aufwertung des Stadtraums nötig. Die unwirtliche Leere mit Schnellstraßen, Schneisen und Tunneln beschädigt die Stadt, und diese Leere muss reurbanisiert werden. Dabei gilt es, Aufenthaltsnutzungs- und Gestaltqualitäten zu verbessern, damit die Menschen den Stadtraum für sich und die Nutzungen, die sie in diesem Stadtraum gerne haben wollen, zurückerobern können. Dabei brauchen wir Uferpromenaden, Plätze und Stadtparks, Quartierparks und Gartenhöfe, damit die Unwirtlichkeit unserer Städte abnimmt. Was wir nicht brauchen in der Stadt, das sind die Ideen von Landart und bedeutenden künstlerischen Brunnen, sondern wir müssen auch hier diejenigen, die die Nutzerinnen und Nutzer dieser öffentlichen Räume sein sollen, einbeziehen in die Gestaltung dieser öffentlichen Räume. Denn die Menschen wissen in den Quartieren sehr genau, wie sie sich ihr Zuhause vorstellen können.

Die zweite These: wir brauchen neue Typologien für innerstädtisches Wohnen und Arbeiten. Um die Abwanderung aus der Innenstadt aufzuhalten und umzukehren, darf sich die Citybildung eben nicht allein auf die Büro- und Geschäftsstadt fokussieren. Wir brauchen neue Gebäude, die die Verbindung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen. Dazu gehört auch und immer noch vor allem der Verzicht auf Abriss, der Vorrang von Sanierung und die Verdichtung durch den Neubau, wobei das auf kleiner Fläche errichtete Stadthaus für die Aufwertung von Stadt von besonderer Bedeutung ist.

Wir brauchen – dritte These – auch in den Städten eine neue Organisationsform der Bodenwirtschaft und der Bauherrenschaft. Für Berlin und für die ostdeutschen Länder jedenfalls muss ich sagen, dass sozialgeförderter Wohnungsbau im großen Umfang, wie er in den vergangenen Jahrzehnten üblich war, nicht mehr möglich sein wird. Deshalb brauchen wir, wenn diese Subventionierung des Staates ausfällt, eine neue innerstädtische Bodenpolitik, eine Bodenpolitik, die das kleinteilige Wohnen und das kleinteilige Eigentum fördert. Dies kann durch die Aktivierung öffentlicher Grundstücke und durch eine kleinteiligere Parzellenstruktur gefördert werden, wobei die kleinteiligere Parzellenstruktur auch zu einer baulich-ästhetisch interessanteren Stadt führt als die monolithischen Blöcke, die wir zu oft in der Mitte unserer Städte haben.

Stadtplanung durch Stadtmanagement ist unsere vierte Forderung. Passiv-bürokratische Stadtentwicklung führt eben nicht mehr zum Erfolg. Die Ausgestaltung öffentlicher Räume, der Neubau und der Rückbau, die Verlegung von Straßen sowie die Grundstücksbildung, Bodenwirtschaft und Finanzierung, all das erfordert sorgfältige Kalkulationen, um die privatwirtschaftliche Machbarkeit zu überprüfen und sicherzustellen. Deswegen ist für die Stadtplanung ein neuer Manageransatz dringend erforderlich.

Fünfte These: Ablösung der autogerechten Stadt durch ein angebotsorientiertes Mobilitätskonzept. Die Überwindung der autogerechten Stadt erfordert die Stärkung und den konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wer ins Zentrum der Stadt will, muss ein sehr attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln vorfinden, das davon abhält, ins Auto zu steigen. Hierbei spielt auch die Preisgestaltung der Verkehrsträger eine wichtige Rolle. Hohe Preise erzeugen die Blechlawine. Der Abbau des motorisierten Verkehrs zugunsten eines neuen Mobilitätskonzeptes ist auch eine Frage der innerstädtischen Lebens- und Aufenthaltsqualität und auch des ökologischen Positionsbezugs. Es nützt nichts, immer nur von Nachhaltigkeit zu reden, wir müssen sie auch leben.

Sechstens: erforderlich ist die Ablösung der Paradigmen des Städtebaus der Moderne. Der moderne Städtebau des 20. Jahrhunderts hatte eigentlich nur ein Ziel, nämlich die Auflösung der Stadt. Die Stadt als historisch gewachsene Kulturform und als Ort des kollektiven Gedächtnisses sollte verleugnet werden. Heute sollte das Paradigma für den Städtebau lauten: Modernität mit Tradition, nicht Bruch mit Geschichte und Tradition.

Soziale Stadt ist, wie ich hoffentlich deutlich gemacht habe, ein komplexes Thema, das nicht allein von den Wohnungspolitikern, nicht allein von den Stadtentwicklern, nicht allein von denen aus dem Jugendamt, der Schulverwaltung oder der Sozialverwaltung erarbeitet werden kann. Soziale Stadt heißt, dass Verwaltung lernen muss, integrativ zu arbeiten, auch im Verhältnis zu den anderen Verwaltungen loslassen zu können, sich nicht über Kompetenzen zu streiten, sondern über Konzepte, Rezepte und Erfolge.

Gerade die Innenstädte der großen Städte brauchen Aufmerksamkeit und Pflege. Das ist unser Auftrag, wenn wir von sozialer Stadt reden. Die Bundesregierung, die Länder und die Städte müssen an einem Strang ziehen. Aber die soziale Stadt ist auch ein nationales und ein europäisches Anliegen. Von der Entwicklung der großen Städte hängt die Entwicklung unserer Gesellschaft ab. Deswegen sollten wir uns nicht scheuen, uns mit den Problemen der großen Städte im nationalen und europäischen Interesse intensiv auseinander zu setzen, möglichst schnell Lösungen zu finden. Die Renaissance der europäischen Stadt ist möglich, wenn wir es wollen.

John Friedmann,
emeritierter Professor an der University of California, Los Angeles, und Ehrenprofessor
an der University of British Columbia, Vancouver



Die verwundete Stadt: Gedanken zur Sozialplanung der Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren, es freut mich sehr, an diesem Kongress über die Soziale Stadt als einziger von außerhalb Deutschlands Kommender teilnehmen zu dürfen. Vielleicht kann ein Blick – wie es heißt – „von außen“ neue Perspektiven zutage fördern. Dies zumindest ist meine Hoffnung.

Mein ursprünglicher Herkunftsort ist die Donaustadt Wien, aus der ich aber schon vor mehr als 60 Jahren in die damals noch sehr weit entfernten und mir rätselhaft erscheinenden Vereinigten Staaten von Amerika auswanderte. Aber dieser Umzug war nur der Anfang einer langen Pilgerfahrt durch die Welt. In diesen sechs Jahr-

zehnten lebte ich unter ganz verschiedenen Umständen auf fünf Kontinenten, in Städten wie Boston, Chicago, Los Angeles, Rio de Janeiro, Santiago, Seoul, London, Melbourne, und gegenwärtig in Vancouver. Mein „Blick von außen“ ist also ein sehr vielseitiger, von diversen Kulturen und sozialen Gebilden geprägter Blick.

Von Beruf bin ich Raumplaner und Entwicklungsforscher, und das Thema, welches ich in den nächsten 30 Minuten ansprechen möchte, stammt aus dieser Praxis und betrifft den doppelten und dialektisch aufgefassten Maßstab der Sozialplanung. Die Parole soll etwa so lauten: „Denke und handle klein ... aber auch groß.“ Erlauben Sie mir bitte, diese etwas allzu dicht kondensierte, enigmatische Anweisung zu erklären.

Obwohl man sich eine ganze Reihe von Dingen unter dem Begriff „Soziale Stadt“ vorstellen kann, bedeutet sie, so meine ich, für uns hier in Berlin hauptsächlich die bedürftige Stadt, oder besser gesagt, die Stadt benachteiligter wenn nicht völlig ausgegrenzter Mitbürgerinnen und Mitbürger – also nicht nur Quartiere –, die eben ihrer Situation wegen im Brennpunkt unserer Bemühungen stehen. Mitbürger – das sind jene, mit denen wir das tägliche Leben teilen, also z.B. auch ausländische Migrantinnen und Migranten. Problematischer ist es, was man sich bei dem Begriff „Bedürftigkeit“ (human needs) denken soll, denn der ist nicht einfach mit Armut im konventionellen Sinne gleichzusetzen.

In den 70er Jahren begann die Internationale Arbeits-Organisation (ILO) in Genf ein großes Forschungsprogramm, in der Hoffnung, es wäre möglich, einen Begriff menschlicher Grundbedürfnisse herauszuarbeiten, der dann mit Priorität in nationalen Entwicklungsplänen eingebaut werden sollte. Aus unterschiedlichen Gründen kam es aber leider nicht dazu, und an Stelle von Grundbedürfnissen trat die Ideologie des Neoliberalismus.

lismus mit ihrem Wachstumswahn und der Illusion des Nachtwächterstaates Modell 2000.

Dennoch klärte die Debatte um menschliche Grundbedürfnisse – basic human needs – so manches, wie z.B. die Einsicht, dass die Befriedigung rein materieller Bedürfnisse, wie ausreichende Nahrung, ein biologisches Minimum an Wasser, dem Klima und der Kultur angepasste Kleidung sowie ein Dach über dem Kopf, obzwar unentbehrlich, noch lange nicht ausreicht, um minimalen menschlichen Ansprüchen – social claims – gerecht zu werden. Welche „Bedürfnisse“ man noch zu diesem materiellen Kern hinzu stellen könnte, wurde nicht nur heftig diskutiert, es war auch schwierig, wenn nicht ganz unmöglich, sie alle unter ein volkswirtschaftliches Dach zu bringen, wie dies der allgemeine Auftrag verlangte. Ich möchte zumindest einige Andeutungen machen, welche nichtmateriellen Bedürfnisse da gemeint waren. Bemerken Sie bitte wohl, dass es hier um basic human needs geht, also nicht um einen Begriff der Armut selbst, sondern eher um einen anthropologischen Begriff, was es bedeuten soll Mensch zu sein. Im Folgenden will ich gar nicht erst versuchen, einzelne Bedürfnisse zu hierarchisieren, wie z.B. persönliche Sicherheit, soziale Anerkennung menschlicher Würde, gegenseitige Verbundenheit, persönliche Handlungsautonomie, produktive Arbeit, gleichen Anspruch auf soziale Rechte, kulturelle Freiheit und Ähnliches mehr. In praktischer Sicht könnten diese teilweise Endziele einer gesamten sozialpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung sein, zum Teil könnten sie aber auch die erforderlichen Rahmenbedingungen einer umfassenden, also nicht nur rein ökonomisch definierten „Entwicklung“ darstellen.

Über diesen Umweg durch die Begriffswelt menschlicher Grundbedürfnisse kommen wir zurück auf die Frage, was Bedürftigkeit eigentlich heißen soll. Meine Antwort darauf ist, ganz schlicht und einfach, dass menschliche Bedürftigkeit immer dort besteht, wo irgend eines der genannten Grundbedürfnisse nicht eingelöst wird. Nun ist es aber auch der Fall, dass mangelnde Erfüllung von bestimmten Grundbedürfnissen oft gebündelt auftritt, so z.B., dass Wohnungsnot oder lange Arbeitslosigkeit zugleich mit dem Verlust sozialer Anerkennung, autonomen Handelns und im Falle von ausländischen Migranten und Migrantinnen oft auch mit dem Verlust von gleichen Rechtsansprüchen und kultureller Freiheit verbunden ist. Bei der Charakterisierung einzelner Personen sowie auch sozialer Gruppen kann natürlich das Zusammentreffen dieser traubenförmig gebündelten (clustered) Bedürfnisse, die dann die Betroffenen negativ stigmatisieren, ganz verschieden sein.

Nun muss man sich aber fragen, ob Bedürftigkeit in diesem erweiterten Sinn auch als sozialer Anspruch gelten kann – a social claim – oder weiter nichts mehr ist als die blinde Hoffnung, dass es einmal anders werden könnte oder zumindest sollte. Noch schlimmer wäre es, wenn man sich zuletzt selbst als Urheber dieser Bedürftigkeit anklagt. Hier ist die Schlüsselfrage, wer eigentlich für eine solche Bedürftigkeit verantwortlich ist: ob der Staat, die Kommune, die organisierte Zivilgesellschaft oder ganz einfach jeder Einzelne für sich allein. Für Anhänger des Neoliberalismus ist die Antwort ganz klar und deutlich: Jedermann ist für seine eigenen Lebensumstände selbst verantwortlich. Sind seine „Grundbedürfnisse“ nicht eingelöst, so hat er nur sich selbst zu beschuldigen. Sozialisten waren einmal anderer Meinung; sie behaupteten, dass menschliche Bedürftigkeit eine rein soziale Frage sei, also eine Frage menschlicher Solidarität, und

dass deren Bekämpfung eine staatliche Aufgabe sei. Manche denken auch heute noch so, obwohl einige von uns schon einmal die kalte Hand der Bürokratie erfahren haben, als unsere verschiedenen Lebenswelten in die Systemwelt des Staates eingeordnet wurden, ohne dass gewisse Grundbedürfnisse, wie z.B. persönliche Autonomie des Handelns oder Bewahrung menschlicher Würde, berücksichtigt wurden oder überhaupt in der Gedankenwelt der staatlichen Behörden auftauchten. So lebte man eben als ein untertäniges Subjekt und war noch für die magere Sicherheit, die einem zugesprochen wurde, dankbar. Die Chinesen nannten so etwas Ähnliches die „eiserne Reisschale.“ Eine selbständige Zivilgesellschaft war für diesen Fall nicht vorgesehen.

Nun ist aber die Frage, ob es zwischen Calvinistischer Selbstgeißelung und eiserner Reisschale noch eine dritte Möglichkeit gibt, die im Stande wäre, die Verantwortlichkeit für soziale Notstände anders zu verteilen. Um diese Frage zu beantworten, möchte ich Sie bitten, mit mir einen zweiten Umweg zu machen, der uns zuerst in das Dickicht der Lebenswelt oder, genauer gesagt, in die vielfältig gestalteten Lebenswelten der Stadt hineinführt.

Systemwelt und Lebenswelt, dieses, laut Habermas, sich anscheinend stets selbstbekämpfende Zwillingenpaar von Begriffen: einerseits die Welt der großen Ordnungen – der Ministerien, der Multinationalen, der Wissenschaft, der Technik, und, ja, auch der Stadtplanung –, das heißt also die Welt der Ratio; auf der andern Seite die bunte Welt des Alltags, die sich in den kleinen Räumen der Stadt abspielt – auf der Straße, in Nachbarschaftskneipen und anderen Lokalen der Geselligkeit, im Kleinhandel, in Wohnbauten, am Kinderspielplatz, in Kirchen, Tempeln, Moscheen und Synagogen. Im Grunde genommen ist die Lebenswelt das Terrain der Zivilgesellschaft, die sich ihr Leben in den Klein- und Kleinräumen der Stadt aufbaut und sich sträubt, von der sich immer weiter ausdehnenden Systemwelt „kolonisiert“ zu werden. Es ist dies die Welt des täglichen Kampfes um die persönliche Selbstbehauptung und der unmittelbaren menschlichen Beziehungen, die es uns erst ermöglichen, die Hindernisse, die uns immer wieder im Leben begegnen, zu bewältigen und unser Dasein so sinnvoll zu gestalten wie es eben geht. Besonders für unsere benachteiligten Mitbürger, wie z.B. ältere, gebrechliche Menschen, allein stehende Mütter mit Kleinkindern, Langzeit-Arbeitslose, Jugendliche ohne berufliche Aussichten, körperlich und geistig Behinderte, nicht deutsch sprechende Migrantinnen und Migranten, Obdachlose, Drogenabhängige und alle anderen sozial ausgeschlossenen Menschen, ist die Lebenswelt der Quartiere fast die einzige Welt, die sie kennen, und wo sie sich noch irgendwie geborgen fühlen. Aber diese ihre Welt ist, wie ihr eigenes Leben, eine tief verwundete, wenn nicht gänzlich zerstörte Welt, die sich nach Heilung sehnt.

Jene, denen sie begegnen, sind aber keine Heilsbringer, sondern Agenten der über ihnen aufgebauten Systemwelt, deren Aufgabe es ist, eine Ordnung eigener Art zu schaffen und damit zu verhindern, dass sich dieses „Chaos“ der Bedürftigkeit auch noch auf die umgebenden, schon brav geordneten und kolonisierten Lebensräume ausdehnt. Da begegnen sie Polizeibeamten, Bauinspektoren, den guten Leuten vom Sozialamt, die überall etwas nachzuspüren haben, den Abgesandten der Stadtentwicklungsorganisationen und Bodenspekulanten, den city planners, den Rattenfängern vom Gesundheitsamt, den Herren des Immigrationsdienstes, den uniformierten Boten der Heilsarmee, die es sowieso nicht fertig bringen die Stadt zu heilen, und jeder einzelne von ihnen ist ange-

strengt bemüht, seine schon programmatisch zugeschnittenen, monoton-funktionellen Aufgaben so effizient wie möglich zu verrichten. Und fast keiner nimmt das Notstandsquartier als eine, allerdings verwundete, aber immerhin noch vitalfähige Lebenswelt von zwischenmenschlichen Beziehungen wahr, und dann wundert man sich, warum sie, die Ordnungsschaffenden, dort nicht mit offenen Armen begrüßt werden, sondern immerzu auf Widerstand stoßen.

Dabei wäre noch zu bemerken, dass die zwei Welten sprachlich kaum im Stande sind, sich gegenseitig zu verständigen. Denn was hört man denn auf der Straße in den Nachbarschaften? Hier ein Getuschel auf Albanisch, dort ein paar Brocken Spanisch oder Türkisch, und überall ein Murmeln von afrikanischen, südasiatichen und chinesischen Dialekten. Und es brauchen gar nicht Ausländer zu sein, denn auch wenn man deutsch spricht, unterhalten sich die Nachbarn eben nicht auf Hochdeutsch über die Planungsvorhaben des Staates, sondern erzählen sich eher Berliner Geschichten von diesem oder jenem konkreten Fall, Geschichten, die viele von uns vielleicht als „nur dummes Geschwätz“ bezeichnen würden, als wollten wir sagen, dass wir's doch nicht so ernst nehmen, denn was weiß schon das Volk von den großen Stadtproblemen, die wir bewältigen müssen. Wir hingegen, die wir den mächtigen Organisationen der Systemwelt angehören, haben unsere eigene Art uns auszudrücken. Wir können Statistiken jeglicher Art zitieren und gehen mit Begriffen um wie Lebenswelt und postmodernity (ein dazwischen geschobenes englisches oder französisches Wort proklamiert ja einen gewissen Bildungsstand), ohne völlig in Verwirrung zu geraten. In solchen Fällen lässt sich ein „kommunikatives Handeln,“ das man möglicherweise zwischen Lebens- und Systemwelt einschalten könnte, schon rein sprachlich gesehen, schwer vorstellen. Da müssten erst Brücken gebaut werden.

Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben von dem, was ich hier meine. Der Standort ist Hongkong Island. Als ich vor wenigen Jahren an einem Sonntag dort war, um die Fähre nach Kowloon zu nehmen, bot sich mir ein erstaunlicher Anblick. Wohin immer ich schaute, in allen Passagen, auf den Straßen, Gehsteigen und öffentlichen Plätzen in der engeren Umgebung von Hongkong Central sah ich eine Menge junger Philippininnen, die sich dort versammelt hatten. Sie waren in kleine Gruppen aufgeteilt, saßen auf Decken, die sie schön ausgebreitet hatten, und taten nichts anderes, als sich Geschichten aus ihrem Leben zu erzählen, Briefe zu schreiben, hausgemachte Spezialgerichte miteinander zu teilen, ein bisschen Musik aus der Heimat zu spielen und zu tratschen und zu tratschen. Die Philippininnen – die meisten waren in privaten Haushalten als Dienstboten beschäftigt – kamen zu diesem wöchentlichen Rendezvous mit ihren Gefährtinnen aus allen Stadtteilen Hongkongs, es waren ihrer vielleicht an die Zehntausend, und die Regierung erlaubte dieses Zusammenkommen einer sonst territorial zerstreuten Lebenswelt – einer lebendigen sozialen Stadt mit ihrem eigenen Rhythmus innerhalb der Metropole – und sperrte an jedem Sonntagnachmittag Hongkong Central für den Lokalverkehr.

Der erfolgreiche Kampf der Philippininnen mit den damals in Hongkong regierenden Autoritäten um ihr „Recht zur Stadt“, in der berühmten Redewendung Henri Lefebvres, war schwer errungen gewesen. Man könnte nun sagen, dass das eben ein einzelner Fall war, und dass nichts daraus zu lernen sei. Dennoch meine ich, dass diese kleine Ge-

schichte uns recht viel zu lehren hat. Lassen Sie mich bitte die hauptsächlichen Ideen kurz zusammenfassen.

Der Kampf der Philippininnen um ihr „Recht zur Stadt“ in Hongkong war nicht allein nur das, sondern auch ein Kampf um ihre eigene Selbstbehauptung als ausländische Frauen in einer fremden Stadtregion, wo sie gewisse Mitbürgerrechte beanspruchten. Darüber hinaus war es ihr Kampf um das (nicht-materielle) Recht kultureller Freiheit und gegenseitiger Verbundenheit und damit zu ihrer eigentlichen Menschlichkeit. Wichtig für uns ist es zu bemerken, dass sie diesen Kampf – und es war ein tatsächlich jahrelanger Kampf – auf eigene Initiative unternahmen und damit ihrer Handlungsautonomie direkten Ausdruck gaben. In der Tat war ihr mutiges Unternehmen ein Versuch, ihre territorial völlig zerstreute Lebenswelt – etwa ihr transnationales Familienleben – irgendwie ganz zu machen, also zu heilen. Sie konnten den Schmerz der Einsamkeit und des Heimwehs durch ein solidarisches Handeln überwinden, indem sie verlangten, die kleinen öffentlichen Räume von Hongkong Central, einem winzigen Bruchteil der autonomen Region, wöchentlich ein paar Stunden für sich zu beanspruchen.

Wie jede andere Großstadt hat Hongkong natürlich Hunderte von solchen Lebenswelten. Manche von ihnen sind auf Kleinquartiere konzentriert, andere, wie die der Philippininnen, sind über ein kleineres oder größeres Territorium verstreut. Obzwar einige dieser Lebenswelten keine besonderen Probleme aufzeigen, sind andere im tiefsten Sinn verwundete Welten. Und so möchte ich nochmals zu meiner vorherigen Frage Stellung nehmen, wer denn eigentlich die Verantwortung für das Einlösen sozialer Grundrechte der lokalen Mitbürgerschaft tragen soll. Ich meinte, dass es vielleicht einen dritten Weg in der Aufteilung sozialer Verantwortlichkeit für die verwundete Stadt zwischen extrem individualistischen einerseits und kollektivistischen Ideologien andererseits gebe. Vier mögliche Akteure – Staat, Kommune, Zivilgesellschaft und der einzelne Mensch – müssen hier genannt werden. Ohne eine bestimmte Situation im Auge zu haben, ist es allerdings schwierig, eine nähere Antwort zu geben, denn Antworten müssen ja immer von konkreten Zusammenhängen bestimmt werden. Dennoch glaube ich, dass wir eine generelle Formel andeuten können, und zwar die, dass die soziale Verantwortung für Grundbedürfnisse auf alle vier Akteure fallen muss, obzwar nicht auf alle im gleichen Maße.

Einzelstehende können wenig, eigentlich gar nichts tun, um sich selbst zu heilen. Diese Art des Hyperindividualismus spricht dem Sozialen kurzweg alle Wirklichkeit ab, sodass zuletzt, wie es uns Thomas Hobbes lehrte, nichts anderes übrig bleibt als nackte Machtverhältnisse. Wie ich es am Beispiel der Philippininnen in Hongkong gezeigt habe, verlangt jede Heilungsaktion der Stadt ein mehr oder weniger aktives Mitwirken der Systemwelt des Staates. Ohne vorhergehende Selbstmobilisation der philippinischen Migrantinnen wäre es allerdings der Hongkonger Regierung nie eingefallen, etwas zu tun, um den mitbürgerlichen Ansprüchen ausländischer Arbeiterinnen gerecht zu werden, und noch weniger wäre sie auf die Idee gekommen, Hongkong Central als Treffpunkt für Abertausende von philippinischen Dienstboten wöchentlich zu reservieren. In diesem Fall allerdings waren Staat und Kommune auf einen einzigen Nenner gebracht, ebenso wie der begriffliche Unterschied zwischen organisierter Zivilgesellschaft und persönlicher Handlung durch die kollektive Aktion der jungen Frauen aufgehoben wurde. Anderenorts aber könnten die vier genannten Akteure gesondert auftreten.

Viel hängt von der Kapazität der betroffenen Mitbürgerschaft zur Selbstorganisation ab, die mitunter gefördert werden muss, und zwar hauptsächlich durch die nicht-staatlichen Organisationen der so genannten Zivilgesellschaft. Und die Kommune müsste natürlich auch irgendwie daran beteiligt werden, sei es durch finanzielle und materielle Hilfsmittel sowie durch die offizielle Anerkennung der wichtigen Rolle, die lokale Bürgerorganisationen in der Stadtentwicklung spielen können. Zuletzt ist es natürlich der zentrale Staat, der dem ganzen Prozess eine gewisse Legitimität zusprechen muss durch die Bereitstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die alles andere erst ermöglichen.

Vor allem gilt es die vielfältigen Lebenswelten der Stadt zu erkennen und zu respektieren sowie – und das dürfen wir nicht vergessen – auch die materiellen und die nicht-materiellen Grundbedürfnisse, die zugleich Rechtsansprüche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, ernst zu nehmen. Lebenswelt und Systemwelt stehen sich nicht unbedingt feindlich gegenüber. Unter vielem anderen ist die Stadt auch ein dichtes Netz zwischenmenschlicher Beziehungen. Solange dieses Wort richtig verstanden wird und das Prinzip des Dialogs und des kommunikativen Handelns eingesetzt wird, dürfte es möglich sein, selbst tief verwundete Städte wieder heil zu machen.